Eltern wehren sich gegen ministeriell verordnete Schwul-Lesbische-Bi-Trans-Aufklärung und Frühsexualisierung in der Schule

Eltern protestieren gegen die neuen, sexualisierenden <u>Bildungspläne</u> und gehen in Stuttgart u. Hannover auf die <u>Straße</u>.

Eltern wollen informiert und einbezogen werden, doch stattdessen werden sie ignoriert und übergangen, ebenso wie gegen diese Pläne protestierende Verbände, z.B.: Philologenverband Baden-Württemberg, Deutsche Lehrerverband, s.a. Focus, FAZ,

Um elterliche Einflussnahme und Widerstand zu umgehen, ist geplant, die Vielfalt sexueller Identitäten nicht in einem eigenen Unterrichtsdarzustellen. sondern fach stillschweigend fächerübergreifend im normalen Unterricht zu integrieren: D.h., die sexuellen Unterrichtsinhalte sollen den Schülern unterschwellig vermittelt werden, so dass sie hierzu keine notwendige Distanz gewinnen können. So hofft man, traditionelle geschlechtsspezifische Identifikationsmuster abbauen zu können.

Dieses wurde z.B. in Hannover mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP im Landtag beschlossen.

Trotz aller bisherigen Elternproteste und Demos ist also abzusehen, dass sich die Kultusbehörden hiervon nicht beeindrucken lassen und spätestens mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst - oder wie in Schleswig-Holstein auch früherdie neue sexuelle Vielfalt fächerübergreifend in den Unterricht integrieren werden. Eine Aufklärung über die Hintergründe und möglichen Folgen für die einzelnen Schüler und die Gesellschaft wird bewusst vermieden, so dass Schüler wie Eltern ahnungslos und möglicherweise sogar noch im guten Glauben vertrauensvoll von den Parolen sexueller Toleranz überrollt werden:

Acht- bis zehnjährige Kinder werden mit Lebensformen konfrontiert, mit denen sie wahrscheinlich größtenteils nie etwas zu tun haben werden. Sie sollen sich jedoch mit jeder dieser Formen identifizieren. Die Autoren der neuen Unterrichtsmaterialien scheinen von ihren eigenen ideologischen Bedürfnissen auszugehen, die sie den Kindern überstülpen.



Eltern sollten daher ihre in den Schulgesetzen festgelegten Rechte kennen und einfordern! Dort ist z.B. festgelegt, dass Ziele, Inhalt und Formen der Sexualerziehung sowie die hierbei verwendeten Lehr- und Lernmittel den Erziehungsberechtigten rechtzeitig mitzuteilen und mit ihnen zu besprechen sind.

Die Erziehungsberechtigten wirken bei der Gestaltung und Organisation der schulischen Bildung und Erziehung ihrer Kinder auf schulischer und überschulischer Ebene mit.

Dabei achtet die Schule das natürliche und zugleich verfassungsmäßige Recht der Erziehungsberechtigten, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen.

Es kommt also darauf an, Klassengemeinschaften, Klassenelternräte, Schulelternräte und Landeselternräte für die Thematik zu sensibilisieren.

Informieren Sie sich daher über die Unterrichtsplanungen, Schulbücher u. Lehrmaterialien. Sprechen Sie darüber mit anderen Eltern.

Thematisieren Sie die Lehrinhalte auf Elternabenden und Schulkonferenzen.

Auf der Tagung vom 26.-28.6.15 sollen hierzu Hilfsmöglichkeiten erarbeitet werden. Machen Sie mit!